

20.12.2013

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss

am 18.11.2013 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße
17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 18:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Theodor Rieke

Kreistagmitglieder SPD

Frau Ursula Lindstedt

Frau Bärbel Schmidt

anwesend bis 17.45 Uhr

Herr Walter Teumert

anwesend bis 17.45 Uhr

Kreistagmitglieder CDU

Frau Marlies Deppe

anwesend bis 17.50 Uhr

Frau Claudia Gebhard

Frau Ursula Sopora

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Barbara Streich

Sachkundige Bürger/innen FDP

Frau Astrid Partmann

Ordentliches Mitglied

Frau Rosemarie Böhme

Herr Dirk Lampersbach

anwesend bis 17.00 Uhr

Herr Sebastian Richter

anwesend bis 17.00 Uhr

Herr Achim Schwarz

Frau Petra Stoltefuß

Beratendes ordentliches Mitglied

Frau Claudia Dierkes-Hartwig

Herr Jörg Hüchtmann

Herr Turan Karacayir

Herr Detlef Maidorn

Herr Uwe Ringelsiep

anwesend bis 17.00 Uhr

Herr Alexander Schieweck

Frau Dr. Petra Winzer-Milo

Beratendes stellvertretendes Mitglied

Herr Christoph Börger

Frau Birgit Mescher

Gäste

Herr Prof. Dr. Deinet, Fachhochschule Düsseldorf

Verwaltung

Herr Norbert Hahn, Dezernent

Frau Sandra Waßen, Fachbereichsleiterin

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Rieke begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Aus terminlichen Gründen werden die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung in ihrer Reihenfolge verschoben. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | | Projekt "Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in Fröndenberg";
Vorstellung der Ergebnisse durch Herrn Prof. Dr. Ulrich Deinet, Fachhochschule (FH) Düsseldorf, und Herrn Sebastian Richter, Jugendreferent der Ev. Kirchengemeinde Frömern |
| Punkt 3 | | Abgabe der Trägerschaft der kreiseigenen Kindertageseinrichtung Villa Kunterbunt an das Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Kreisverband Unna;
Mündlicher Bericht |
| Punkt 4 | | "Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor";
Mündlicher Bericht |
| Punkt 5 | 178/13 | Produkthaushalt 2014, Budget 51 - Familie und Jugend |
| Punkt 6 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 7 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 2 Projekt "Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in Fröndenberg";
Vorstellung der Ergebnisse durch Herrn Prof. Dr. Ulrich Deinet, Fachhochschule (FH) Düsseldorf, und Herrn Sebastian Richter, Jugendreferent der Ev. Kirchengemeinde Frömern**

Erörterung

Herr Richter teilt mit, dass der Bericht mit einem Film, der von Jugendlichen mit einer sogenannten „Action-Cam“ gedreht wurde, starte. Er gebe den Zuschauern einen guten Einblick in das Leben Jugendlicher im Bereich der Stadt Fröndenberg. An dem Projekt „Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in Fröndenberg/Ruhr 2013“ hätten sich fünf Institutionen beteiligt: die Fachhochschule Düsseldorf, die Evangelische Kirchengemeinde Fröndenberg-Frömern, der Kreis Unna, die Stadt Fröndenberg sowie die Jugendeinrichtung „Treffpunkt Windmühle“ und das Jugendzentrum Eulenstraße in Fröndenberg.

Herr Prof. Dr. Deinet berichtet anhand einer Folienpräsentation (Anlage 1) über seinen fünftägigen Aufenthalt in Fröndenberg. Dieser Aufenthalt sei erfolgt im Rahmen eines Projektes, das gemeinsam mit 25 Studierenden durchgeführt worden wäre. Beteiligt gewesen wären ca. 350 Kinder und Jugendliche aus den Schulen, wovon 186 nicht aus Fröndenberg gekommen seien. In sogenannten Experten-Interviews mit 22 Schlüsselpersonen, also Personen, die aufgrund ihrer beruflichen oder privaten Situation Einblicke in das Leben von Kindern und Jugendlichen hätten, wie Polizisten, Bademeister, Kindergartenleitungen, Chorleitungen, Schulsozialarbeiter, Kioskverkäufer etc. habe man versucht, verschiedene Blickwinkel zu bekommen. Exemplarische Aussagen wären der Folie 21 zu entnehmen. Die Auswertung einer Fragebogenaktion habe man schriftlich festgehalten; die Ergebnisse stelle man in Kürze vor.

Herr Richter ergänzt, dass die Aktion von zwei Faktoren beeinflusst gewesen sei; zum Einen wäre es in der Projektwoche hochsommerlich warm gewesen; zum Anderen hätten aufgrund einer Fahrtenwoche an der Gesamtschule nur die Hälfte der dortigen Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestanden.

Herr Prof. Dr. Deinet erörtert, dass mit vier Schulen sehr positiv hätte zusammengearbeitet werden können. Es habe keine „platte“ Befragung stattgefunden, denn viele Partizipationsprojekte in Deutschland würden darunter leiden, dass Kinder und Jugendliche selbst nicht bemerkten, dass sich in einem für sie zu erfassenden Zeitraum überhaupt etwas ändere. Bundesweites Problem sei das Auftreten Jugendlicher im öffentlichen Raum. Hier müssten sich Gremien um eine stärkere Akzeptanz Jugendlicher bemühen. Jugendliche bräuch-

ten Orte, an denen sie nicht ständig pädagogisiert würden. Des Weiteren rate Herr Prof. Dr. Deinet zu einer Folgeveranstaltung bzw. etwas, das als Ergebnis dieses Projektes wahrgenommen werden könnte. Abschließend bedankt er sich für die erfolgte Unterstützung, ohne die er das Projekt nicht hätte durchführen können.

Herr Rieke bedankt sich für den Bericht sowie die geleistete Arbeit. Er teilt mit, dass dieser für den Kinder- und Jugendbereich einige Anregungen gegeben hätte. Für Fröndenberg sehe er bei Umsetzung entsprechend der Anregungen, eine positive Zukunft.

Frau Lindstedt bedankt sich ebenfalls für die geleistete Arbeit und führt aus, dass noch Einiges mehr dahinter stecke, als man heute durch den Bericht habe erfahren können. Das Projekt gebe Impulse für die weitere Jugendarbeit.

Auf Nachfrage von Frau Gebhard teilt Herr Prof. Dr. Deinet mit, dass das Projekt innerhalb eines Blockseminars umgesetzt worden und nur schwer in den modernen Bachelor-Studiengang einzubauen sei. Bei dieser Projektwoche habe er das Glück gehabt, dass sie genau innerhalb der Blockzeit hätte umgesetzt werden können. Er habe das Projekt bereits zum fünften Mal durchgeführt. Über den Kinder- und Jugendförderplan des Landes seien Fördergelder geflossen, die Fachhochschule leiste einen Eigenbeitrag in Höhe von 1.000 Euro und die Studierenden beteiligten sich mit 50 Euro. Außerdem bliebe noch eine Restfinanzierung für das Jugendamt. Für das Projekt seien organisatorische Dinge häufig schwieriger umsetzbar als inhaltliche Dinge.

Frau Sopora äußert, dass man den Inhalt des Projektes auch auf Holzwickede und Bönen übertragen könnte. Sie möchte in Erfahrung bringen, wie es nun weitergehe. Für Fröndenberg-Frömern könne sie sich vorstellen, dass eine Zusammenarbeit mit Schulen erfolge und sich die jeweiligen Jugendverbände zunächst einmal vorstellten. So könnte man das Projekt bekannt machen, denn viele Einrichtungen seien den Kindern und Jugendlichen noch nicht so präsent.

Herr Prof. Dr. Deinet bedankt sich für die Anregung und führt aus, dass dies für ihn auch ein Stück weit Jugendhilfeplanung sei. Es könnten entsprechende Projekte/Maßnahmen in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden; getragen von den Einrichtungen in Kooperation mit anderen. Für ihn bedeute moderne Kinder- und Jugendarbeit, nicht nur mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten, sondern sich auch entsprechend zu öffnen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedankt sich Frau Streich für den Bericht. Die sehr gute Arbeit innerhalb der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe müsste noch besser transportiert werden, obwohl die Einrichtungen häufig sehr quartiersbezogen arbeiteten.

Frau Dierkes-Hartwig teilt mit, dass es für die inhaltliche Arbeit der Schulen von Bedeutung sei, dass die schulbezogenen Daten zur Verfügung gestellt würden.

Herr Richter arbeite zurzeit an einem Konzept, wie man stadtteilbezogen/quartiersbezogen Kinder und Jugendliche beteiligen und Angebote, bezogen auf die einzelnen Stadtteile, präziser gestalten könne.

Punkt 3

Abgabe der Trägerschaft der kreiseigenen Kindertageseinrichtung Villa Kunterbunt an das Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Kreisverband Unna; Mündlicher Bericht

Erörterung

Herr Hahn erläutert die bereits vorgenommenen Maßnahmen und führt aus, dass seit der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.09.2013 die Vorbereitungen für den Trägerwechsel weiter gediehen seien. So habe am 16.09.2013 das Landesjugendamt in Münster diesem Trägerwechsel zugestimmt. Zurzeit liefen Abstimmungsgespräche zur Personalgestaltung sowie zum Trägerübergang mit dem Deutschen Roten Kreuz. Die Verwaltung werde nach wie vor die aktuellen Informationen weitergeben, sichert Herrn Hahn abschließend zu.

Punkt 4

"Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor"; Mündlicher Bericht

Erörterung

Frau Thünker berichtet, dass mit Fachleuten der verschiedenen Disziplinen jeweils zwei Workshops zu den fünf Meilensteinen (Geburt, Eintritt in die Kita sowie die drei Übergänge Kita-Grundschule, Grundschule – weiterführende Schule sowie Schule-Beruf) veranstaltet worden seien. Geplant sei ein Kennzahlensystem, an dem die zu erreichenden Ziele innerhalb der Meilensteine messbar gemacht werden könnten. Das System müsse auf alle Kommunen übertragbar sein. Bei den verschiedenen Risikogruppen wie zum Beispiel Familien mit Migrationshintergrund oder Ein-Eltern-Familien müssten noch andere Wege im Rahmen von Familienbildung gesucht werden. Beispielsweise sollten die Familienzentren noch mehr genutzt und niedrigschwellige Elternangebote, wie zum Beispiel PEKiP-Kurse, unterbreitet werden. Die im Rahmen des Projektes angestrebte „Transferbörse“, so Frau Thünker, sei derzeit in einem Probelauf. Es sei eine entsprechende Internetplattform für die beteiligten Kommunen erstellt und von diesen schon Projekte eingestellt worden. Im Dezember finde im Kreishaus eine gemeinsame Sitzung von Lenkungs- und Projektgruppe statt, in der eine Bewertung dieses aktuellen Probelaufes erfolgen und die „Transferbörse“ danach fest installiert werden solle.

Frau Lindstedt (SPD-Fraktion) teilt mit, sie sei auf nicht vorhersehbar planbare Situationen, insbesondere bei Eltern mit psychischen Erkrankungen bzw. Suchterkrankungen, aufmerksam geworden. Bei akuten Zusammenbrüchen der Eltern bzw. Alleinerziehenden gäbe es oft keine Verbindungen zu den jeweiligen örtlichen Jugendämtern. Das bedeute, dass sich deren Kinder während einer solchen Krisensituation eventuell noch im Kindergarten bzw. in der Schule aufhielten und dort nicht abgeholt würden. Es bleibe dem Zufall überlassen, dass sich die Erzieher/innen bzw. Lehrer/innen dann mit der örtlichen Behörde in Verbindung setzten. Frau Lindstedt möchte in Erfahrung bringen, ob derartige Fälle im Kreis Unna existierten oder ein Sicherheitsnetz vorhanden sei.

Es gebe von Seiten des Fachbereiches Familie und Jugend konkrete Absprachen mit der Polizei und den Ordnungsämtern, dass derartige Fälle bekannt gegeben würden, antwortet Herr Steiner. Darüber hinaus bestehe ein Austausch mit Kindertageseinrichtungen und Schulen. Aktuell werde mit der Gemeinnützigen Gesellschaft für Suchthilfe im Kreis Unna mbH sowie dem Sozialpsychiatrischen Dienst am Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung gearbeitet, um den Informationsaustausch mit Blick auf die Regelungen des Bundeskinderschutzgesetzes – natürlich unter Berücksichtigung des Datenschutzes – zu optimieren.

Frau Streich (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) interessiert die Sicht der Verwaltung, wie es nach dem Projekt weitergehe und weist auf das „Dormagener Modell“ hin.

Herr Hahn antwortet, dass es weitergehen müsse und selbst beim Land überlegt werde, den Bereich „Frühe Hilfen“ fortzusetzen, unter dieser oder einer anderen Bezeichnung. Die Jugendämter aus dem Kreis Unna seien sich einig darüber, dass gerade dieses Thema eine Querschnittsaufgabe sei und auch nach Projektabschluss weitergeführt werden müsse. Das „Dormagener Modell“ wäre sehr populär, denn der Bürgermeister von Dormagen sei der Vorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes. Viele Jugendämter würden nach ähnlichen Modellen arbeiten, hätten es aber nicht in der Hand, das so nach außen zu transportieren, dass ein bundesweites Echo entstehe. Außerdem sei das Modell nicht ohne Weiteres auf einen Flächenkreis zu übertragen.

Herr Rieke führt aus, dass zukünftig weitere Problematiken diskutiert würden, denn dies stelle nur einen Teil des Ganzen dar.

Punkt 5 178/13 Produkthaushalt 2014, Budget 51 - Familie und Jugend

Erörterung

Herr Hahn teilt mit, dass diese seine letzte Haushaltsberatung für den Fachbereich Familie und Jugend sei, denn mit Ablauf des 30.06.2014 gehe er in Pension. Er hoffe, bei der diesjährigen Haushaltseinbringung seiner in der Presse zugeteilten Rolle eines „Problemlösers“ gerecht werden zu können. Auf Verwaltungsebene sei der Haushalt bereits mit den Jugendamtskommunen Bönen, Fröndenberg und Holzwickede besprochen worden. Der Haushalt orientiere sich an den Notwendigkeiten verantwortungsbewusster Jugendhilfearbeit sowie an den finanziellen Situationen der Kommunen. Die Konsolidierungsmöglichkeiten seien weitgehend ausgeschöpft. Im Haushalt 2014 gebe es einige Besonderheiten: 1,5 befristete Stellen im Bereich der Konsolidierungsmaßnahmen sollten – sofern der Kreistag dem Stellenplan zustimme – entfristet werden. Zusätzlich enthalte der Stellenplan eine neue Stelle zur Bearbeitung des Betreuungsgeldes, so Herr Hahn. Ob hier Konnexität zum Tragen komme, werde über die kommunalen Spitzenverbände im kommenden Jahr gemeinsam mit dem Land überprüft.

Von der vom Kämmerer verhängten Haushaltssperre sei auch das Budget 51 betroffen. Im Fachbereich Familie und Jugend handele es sich um eine Summe von knapp 32.000,00 Euro. Überwiegend betreffe die Haushaltssperre die Bereiche Fortbildung, Dienstreisen und Beschaffungen.

In der Abrechnung mit den kreisangehörigen Jugendamtskommunen gebe es gegenüber den bisherigen Verfahrensweisen eine Neuregelung in § 56 Kreisordnung. Dieser Paragraph untersage eine Spitzabrechnung im direkten Folgejahr. Überschüsse an die drei Jugendamtskommunen würden im übernächsten Jahr, und nicht, wie bisher, im Folgejahr erstattet. Bei einem Defizit erfolge der Ausgleich im Folgejahr zunächst über die allgemeine Kreisumlage, und erst dann komme es im darauffolgenden Jahr zu einer Rückholung über die differenzierte Kreisumlage.

Zusammenfassend zum Haushalt berichtet Herr Hahn, dass der Hebesatz von rund 25,4 auf 21,8 Prozent gesenkt worden sei. Für den Kämmerer entscheidend wäre allerdings die Zahllast. Die Gesamtzahllast sinke von rund 15,8 Millionen Euro auf 14,6 Millionen Euro. Dies habe sehr konkrete Auswirkungen für Bönen, Fröndenberg und Holzwickede, die im Vergleich zum jetzt laufenden Haushalt einen Minderaufwand hätten: Bönen 360.000 Euro, Fröndenberg 540.000 Euro und Holzwickede 310.000 Euro. Gründe hierfür seien die greifenden Konsolidierungsmaßnahmen, die höheren Kindpauschalen sowie die Zahlung aus dem U3-Belastungsausgleich.

Herr Hahn weist insbesondere auf den Problembereich „Eingliederungshilfe nach § 35a Kreisjugendhilfegesetz (KJHG) für seelisch behinderte Kinder oder von seelischer Behinderung bedrohter Kinder“ hin. Hier

müsse die für 2014 geplante Summe in Höhe von 450.000 Euro um 250.000 Euro angehoben werden. Es gehe um die Finanzierung von Integrationshelfern.

Frau Waßen berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt werde. Größter Kostenblock im Fachbereich sei mit rund 12,1 Mio Euro, also 2/3 aller Transferleistungen, die Kindertagesbetreuung. Dafür sei es gelungen, in allen drei Kommunen den Rechtsanspruch der Eltern auf eine Betreuung ihres Kindes ab vollendetem 1. Lebensjahr zum 01.08.2013 zu erfüllen. Dabei liege die Bedarfsdeckungsquote im Kindergartenjahr 2013/14 bereits bei insgesamt 36 %, für 2014/15 gehe die Verwaltung von einem Bedarf von deutlich über 40 % aus. Hier wolle man dem Bedarf insbesondere durch Großta-
gespflegestellen begegnen. Im Bereich „Hilfen zur Erziehung“ werde an den Fallzahlen deutlich, dass die Konsolidierungsempfehlungen umgesetzt worden seien. Damit habe die Verwaltung erreichen können, einem weiteren Kostenanstieg in den ambulanten und stationären Hilfen entgegen zu wirken.

In der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte oder von einer seelischen Behinderung bedrohte Kinder sei die deutliche Kostensteigerung insbesondere durch den Ausbau des gemeinsamen Unterrichts zu erklären. Verstärkt würden Kinder, die bisher an Schulen für Erziehungshilfe beschult worden seien, in Regelschulen wechseln. Hier entstehe der Eindruck, dass die Schulen auf diese Kinder nicht vorbereitet seien. Deshalb seien vor allem seit Beginn des Schuljahres die Antragszahlen auf Integrationshelfer deutlich angestiegen.

Frau Dierkes-Hartwig regt an, auf politischer Ebene darüber nachzudenken, dass die Integrationshilfe an Schulen auch im Nachmittagsbereich dringend erforderlich sei. Gerade die Kinder im Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung befänden sich auch am Nachmittag in den Schulen.

Frau Streich weist auf einen Schreibfehler auf Seite 78 des Produkthaushaltes hin und Herr Hahn bestätigt, dass dort statt „980“ „98“ stehen müsse.

Frau Lindstedt führt aus, dass für Integrationshelfer keine Standards, betreffend Qualifikation usw., festgelegt worden seien. Vor einiger Zeit sei ein Beschluss zur Vorlage eines Führungszeugnisses von Mitarbeiter/innen in Jugendeinrichtungen gefasst worden. Dieser gelte aber nicht für Integrationsassistenten/-helfer, die aber auch Kinder und Jugendliche betreuen würden. Es sollte darüber nachgedacht werden, einen Standard festzulegen, dass auch diese Personengruppe ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis vorlegen müsse. In einigen Einrichtungen gebe es das bereits, aber eben nicht überall.

Herr Hahn teilt mit, dass auch der Verwaltung daran gelegen sei, eine kreiseinheitliche Regelung herbeizuführen; ein entsprechender Bericht folge.

Die CDU-Fraktion begrüße es, dass es im Haushalt nicht zu gravierenden Kostensteigerungen gekommen sei, so Frau Sopora. Bönen, Fröndenberg und Holzwickede wären beinahe gleich hoch belastet wie im Jahr 2012. Sie bedanke sich bei der Verwaltung dafür, dass im Haushalt die verstärkte Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen wieder zu finden sei. Kritisch festgestellt habe man innerhalb der CDU-Fraktion, dass die Zahllast zwar mit 2012 vergleichbar sei, aber 240.000 Euro über 2012 hinausgehe. Aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen fielen hohe, nicht beeinflussbare Ausgaben an; aber Sorgen bereite die Eingliederungshilfe. Die CDU-Fraktion begrüße auch die weitergehende Förderung der freien Wohlfahrtsverbände. Wichtig sei die Vermeidung der Heimunterbringung, deren Kosten immer noch zu hoch wären, obwohl Maßnahmen zum Ausbau ambulanter Hilfen ergriffen worden seien. Die Vollzeitpflege müsse im Vordergrund stehen, denn ein Kind/Jugendlicher erführe mehr Aufmerksamkeit und Liebe in der Vollzeitpflege. Die CDU-Fraktion unterstütze die gewissenhafte Arbeit des Jugendamtes, schwerwiegende Fälle zu vermeiden, so

